



Europäische und Internationale
Zusammenarbeit

VOR DEM KLIMAGIPFEL IN CANCÚN



INTERNATIONALE STIMMUNGSBILDER

Herausgeber

Dr. Gerhard Wahlers

Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion

Christian Hübner

Referent Umwelt, Klima, Energie

Hauptabteilung Europäische und Internationale

Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

www.kas.de

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin
Umschlagfoto: © Dark Vectorangel / fotolia.com

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.
Printed in Germany.

ISBN 978-3-941904-99-6

INHALT

5	VORWORT
7	EUROPÄISCHE UNION
10	BRASIL IEN
12	SÜDAFR IKA
14	IND IEN
17	CH INA
19	USA
24	RUSSLAND

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

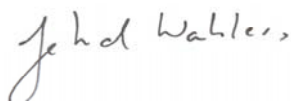
vom 29. November bis zum 10. Dezember 2010 findet in Cancún (Mexiko) die 16. Vertragsstaatenkonferenz (*Conference of the Parties – COP16*) zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (*United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC*) statt. Ziel der COP16 ist es, die Weichen für ein „Post-Kyoto-Abkommen“ zu stellen, um dem weltweiten Klimawandel durch verbindliche CO₂-Reduktionen auf ein tragbares Niveau zu führen.

Dass ein weltweiter Klimawandel aufgrund der zu beobachtenden Erderwärmung mit teilweise gravierenden Folgen für Mensch und Natur bereits stattfindet, wird mittlerweile kaum noch bestritten. Ziel der globalen Bemühungen ist es deshalb, die Emission von klimaschädlichem Treibhausgas zu verringern. Die Industriestaaten als historische Verursacher stehen dabei besonders in der Pflicht. Aber auch die ökonomisch und politisch an Bedeutung zunehmenden Schwellenländer wie China und Indien werden zunehmend in die Verantwortung für den Klimaschutz genommen. Die physischen Auswirkungen des Klimawandels sind längst auch in anderen Politikbereichen, wie z.B. der Wirtschafts- oder Energiepolitik zu einem zentralen Thema geworden. Die internationale Klimawandeldiplomatie gewinnt damit an Komplexität, wodurch die Anforderungen an ein globales Abkommen zum Schutz des Klimas steigen. Ziel sollte es deshalb sein, kohärente ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen (z.B. durch ein Post-Kyoto-Abkommen), die den Klimaschutz in geeigneter Weise mit anliegenden Politikbereichen verbindet.

Für die internationalen Klimaverhandlungen der UN sind die Klimakonferenzen von Bali (2007), Posen (2008) nur Etappen auf dem Weg nach Kopenhagen im vergangenen Jahr gewesen. Dort sollte ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll (1997) geschlossen werden, das die größten Emittenten von Treibhausgasen – wie USA, China und Indien, die noch keine Reduktionsverpflichtungen eingegangen sind – in ein globales Klimaschutzabkommen einbezieht. Nach dem enttäuschenden Ergebnis dieses Klimagipfels sind die Erwartungen für ein Zustandekommen in Cancún jedoch gering.

In der vorliegenden Publikation sind neben den Stimmungsbildern aus den USA, Russland und der EU, die sogenannten BASIC-Staaten (Brasilien, Südafrika, Indien und China) aufgeführt. Sie bilden eine Gruppe von Schwellenländern, die bei internationalen Klimaverhandlungen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Beiträge der Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung greifen die Erwartungen und die strategischen Positionierungen im Hinblick auf die kommende Klimakonferenz in Cancún auf.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

EUROPÄISCHE UNION

VORREITERROLLE DER EU

Die Europäische Union (EU) nimmt bei internationalen Klimaverhandlungen beinahe schon traditionell eine Vorreiterrolle ein. So sieht die Umsetzung des Kyoto-Protokolls, zu dessen Entstehung die EU maßgeblich beigetragen hat, im Zeitraum von 2008 bis 2012 eine durchschnittliche Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) von 5% im Vergleich zu einem Basiswert, der in den meisten Fällen aus dem Jahr 1990 stammt, vor. In der Pflicht stehen die so genannten Annex-I-Länder, das heißt im Wesentlichen die Mitglieder der alten OECD.¹

Die damalige EU-15 hat sich im Rahmen dieses Abkommens sogar dazu verpflichtet, 8% ihrer THG-Emissionen zu reduzieren, wobei sie die Reduktionsverpflichtungen noch einmal auf ihre Mitglieder gewichtet verteilt (*burden sharing*). Wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland übernehmen dann 21% der Reduktionsverpflichtungen, Ländern wie Portugal wird ein Zuwachspielraum von 27% für THG-Emissionen gewährt. Die EU trägt damit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Fähigkeiten ihrer Mitgliedstaaten Rechnung und präsentiert sich als flexibler internationaler Partner für Klimaabkommen.

Für die EU-27 gibt es hinsichtlich des Kyoto-Protokolls keine Gesamtvereinbarung. Allerdings haben sich zehn der zwölf Mitgliedstaaten, die der EU zwischen 2004 und 2007 beigetreten sind, einzeln dazu verpflichtet, ihre THG-Emissionen ebenfalls im gleichen Zeitraum zu verringern. Nur Zypern und Malta sind keine weiteren Verpflichtungen eingegangen. Im Fortschrittsbericht der Kommission wird für die EU-15 prognostiziert, dass sie ihre THG-Emissionen im Zeitraum von 2008 bis 2012 um rund 14% im Vergleich zum Basisjahr verringern werden, wenn die Mitgliedstaaten ihre Pläne verwirklichen.² Damit würde die EU ihre international vereinbarten Klimaziele erreichen und ihre klimapolitische Glaubwürdigkeit untermauern.

Um diese Vorreiterrolle auch weiter über das Kyoto-Protokoll hinaus zu festigen, beschloss der Europäische Rat im Jahr 2007 eine Klima- und Energiestrategie, die vor allem durch ihre markanten Eckdaten „20-20-20“ eine mediale Wirksamkeit entfaltete. Die EU verpflichtete sich darin, bis zum Jahr 2020 ihre THG-Emissionen und ihren Energieverbrauch um jeweils 20% zu reduzieren sowie 20% ihres Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Im Rahmen von internationalen Verhandlungen, wie der letzten Klimakonferenz in Kopenhagen, nutzte die EU diese Strategie aber auch, um ein Post-Kyoto-Abkommen voranzutreiben, indem sie anbot, ihre THG-Emissionen um insgesamt 30% zu senken, sofern ein internationales Abkommen zustande kommen sollte.

EU-POSITION FÜR DIE COP16

Die offizielle Position der EU für die 16. Vertragsstaatenkonferenz (*Conference of the Parties – COP16*) ist am 29. Oktober 2010 vom Europäischen Rat beschlossen worden. Danach erwartet die EU zunächst einen „Zwischenschritt“, bevor sie ihr Klimaziel einer 20-prozentigen THG-Emissionsreduktion auf 30% anhebt. Diese Entscheidung soll jedoch erst im Frühjahr 2011 nach der COP16 gefällt werden. Des Weiteren ist die EU „gewillt“ eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls „in Erwägung zu ziehen“.³ Auch wird die kürzlich gegründete Mittelmeer-Klimawandel-Initiative (*Mediterranean Climate Change Initiative*) vom Europäischen Rat als Ansatz zur Verringerung der THG-Emissionen durch multilaterale Abkommen gewürdigt.

Die EU-Position für die COP16 ist sehr vage und spiegelt die geringen Erwartungen vieler EU-Institutionen an diese Verhandlungen wider. Die EU-Kommissarin für Klimapolitik, Connie Hedegaard, glaubt z.B., dass es erst 2011 zu einem Post-Kyoto-Abkommen kommen wird.⁴ Der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso schreibt in einem Brief an den EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy und die Regierungen der

27 EU-Mitgliedsstaaten, die Europäische Union solle eine „realistische Position“ einnehmen: „Wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, dass die Voraussetzungen für den Abschluss eines internationalen rechtlich bindenden Abkommens in Cancún nicht gegeben sind“.⁵ Ein wesentlicher Streitpunkt über die Positionierung der EU für die COP16 ist die Frage, ob sie international mit einer 30-prozentigen THG-Emissions-Reduktion vorangehen soll, um die Chancen für ein Abkommen in Cancún zu verbessern. Dem gegenüber steht das Argument, wonach die EU sich damit einseitig wirtschaftliche Wettbewerbsnachteile auferlegt. Die Betonung der Mittelmeer-Klimawandel-Initiative kann indes dahingehend interpretiert werden, dass die EU in Zukunft regional eigene Partner im Kampf gegen den Klimawandel suchen wird.

INNEREUROPÄISCHE DISKUSSIONEN ZUR EU-KLIMA-POSITION

Die europäischen Umweltminister beschäftigten sich am 14. Oktober 2010 im Rat der Europäischen Union mit der EU-Klimastrategie. Ihr Beschluss war die Grundlage für die offizielle EU-Cancún-Position des Europäischen Rates. Hierbei kamen bereits im Vorfeld der Sitzung sehr unterschiedliche Vorstellungen zum Ausdruck. So haben sich die Umweltminister der Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien zwar für eine sofortige Erhöhung des EU-Klimazieles ausgesprochen. In der finalen Sitzung sind jedoch keine weiteren Anhebungen der EU-Klimaziele beschlossen worden.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments unter dem Vorsitz von Jo Leinen (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten) befasste sich mit der EU-Cancún-Position bereits Anfang Oktober und beschloss eine Strategie, die eine unbedingte Reduktion der THG-Emissionen um 30% beinhaltet.⁶ Der EVP-Abgeordnete Karl-Heinz Florenz schreibt dazu: „Erst gestern hat uns Klimakommissarin Hedegaard anschaulich dargestellt, dass eine unilaterale Anhebung des EU-Klimaziels kaum Auswirkungen auf die Verhandlungen haben würde. Leider sind viele Kolleginnen und Kollegen reichlich naiv dem Drang nach kurzfristigen Schlagzeilen gefolgt.“⁷ „Pure Trotzreaktion“, urteilt Holger Kraemer, umweltpolitischer Sprecher der FDP im EP. „Europas Vorreiterrolle beim Klimaschutz wird international nicht akzeptiert. Also gehen wir jetzt in die grüne Schmollecke und ziehen die Ziele einseitig immer weiter an. Schärfere Emissionsminderungen in Europa bringen dem Klima allerdings nichts, denn wir wirtschaften bereits sechsmal so energieeffizient wie

China und zweimal so energieeffizient wie die USA.“, kritisiert Kramer.⁸

VERHANDLUNGEN IN CANCÚN

Innerhalb der Verhandlungen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (*United Nations Framework Convention on Climate Change* – UNFCCC) spricht die EU mit einer Stimme. Insbesondere für einflussreiche europäische Länder wie Deutschland Frankreich und Großbritannien stellt sich damit die Frage, ob sie ihr außenpolitisches Gewicht auf die anderen EU-Staaten konzentrieren sollten, um eine starke gemeinsame EU-Klimaposition zu erhalten oder ob sie Klimaverhandlungen direkt führen sollten. Deutschland ist dieser Frage besonders ausgesetzt, da es weltweit als klimapolitischer Vorreiter gilt und sich gut überlegen muss, wie es diese Position halten kann.

Hinsichtlich des Lissabon-Vertrages wird die kommende Klimakonferenz deshalb auch von besonderer Bedeutung sein, da die EU, um ihre klimapolitische Glaubwürdigkeit aufrecht zu erhalten, außenpolitisch geschlossener auftreten muss. Auf der COP16 wird die EU-Kommission im Auftrag der EU über Themen sprechen, die in ihre Kompetenz fallen. EU-Ratspräsident van Rompuy wird hingegen zu Fragen sprechen, die der Entscheidung der Mitgliedstaaten unterliegen.⁹ Diese a priori Einigkeit darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU-Staaten unterschiedliche Strategien im Umgang mit dem Klimawandel verfolgen und auch eigene Entscheidungsbefugnisse innerhalb der UNFCCC besitzen.

Für die COP16 sind vor allem die Erfahrungen aus der letzten Konferenz in Kopenhagen (COP15) von Bedeutung. Zwar konnte damals in letzter Minute noch ein sogenannter *Copenhagen Accord* vereinbart werden, der eine Begrenzung der Erderwärmung erstmals auf ein Zwei-Grad-Ziel bezifferte, dieser ist von den UNFCCC-Parteien jedoch nur zu Kenntnis genommen worden und besitzt keine rechtliche Bindung. Dazu kommt, dass die EU in der entscheidenden Sitzung außen vor war. „Europa hat im Flur gewartet, während die USA und China den Deal unter sich ausgemacht haben“, konstatierte van Rompuy. „Wir waren ausgeschlossen vom entscheidenden Deal zwischen den USA und den vier großen Entwicklungsländern“.

Die zentrale Frage für die EU-Klimaposition wird deshalb nicht sein, ob die EU weiterhin eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimadiplomatie einnehmen sollte, das ist ohne Zweifel der Fall. Stattdessen geht es vielmehr darum, ihr außenpolitisches Gewicht durch innere Einigkeit zu konzentrieren.

Christian Hübner

Referent für Umwelt, Klima und Energie

Stabstelle Grundsatzfragen

Hauptabteilung Europäische und Internationale

Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

- 1| *Die auch dazu gehörigen, so genannten Transitionsländer („Economies in Transition“), darunter die Russische Föderation, die baltischen Staaten und diverse Zentral- und Osteuropäische Länder, erhielten im Kyoto-Protokoll nationale Gutschriften, also in gewissem Umfang positive Emissionsrechte, weil ihre Volkswirtschaften nach der Wende völlig am Boden lagen. Sie können also diese Rechte international im Rahmen von Projekten der Joint Implementation (JI) verkaufen.*
- 2| *<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/04/1522&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>*
- 3| *<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/10/4&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>*
- 4| *http://www.co2-handel.de/article388_15181.html*
- 5| *<http://www.vienna.at/news/wirtschaft/artikel/klima-abkommen-in-dem-jahr-fuer-barroso-chancenlos/cn/apa-1143007784>*
- 6| *http://www.joleinen.de/fileadmin/daten_joleinen/Texte/ENVI_Zusammenfassungen/101007.pdf*
- 7| *<http://www.cducsu.eu/content/view/6829/4>*
- 8| *<http://www.holger-krahmer.de/2010/10/05/klimaziele-aus-trotz>*
- 9| *<http://www.euractiv.com/de/prioritaten/europa-naehert-sich-langsam-einer-neuen-weltrolle-news-498470>*

BRASILIEN

SCHEITERN IN KOPENHAGEN UND DIE ROLLE DER BASIC

In Brasilien wurde die 15. Klimakonferenz, die im Dezember 2009 in Kopenhagen stattgefunden hat, allgemein als gescheitert bewertet. Die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich sahen die Ergebnisse naturgemäß deutlich kritischer als die Regierung Lula, die letztlich am Zustandekommen der „Kopenhagener Erklärung“ aktiv beteiligt war und diese als einen eigenen Erfolg auf dem Weg zu mehr internationalem Einfluss einstuft. Wie bei anderen globalen Fragen war Brasilien an mehreren Fronten aktiv: Als Mitglied der G77 der Entwicklungsländer, als deren Fürsprecher man sich sieht, als Akteur in der neuen Gruppe *BASIC* der Schwellenländer (Brasilien, Südafrika, China, Indien) und letztlich als wichtiger Gesprächspartner der Industrieländer.

Dabei setzt Brasilien insbesondere auf die *BASIC*-Gruppe, die sich seit Kopenhagen regelrecht institutionalisiert hat. Es gab inzwischen fünf Ministertreffen, zuletzt eines im Oktober in Tianjin, VR China. Man ist sich einig, dass Kopenhagen an den Industrieländern und vor allem an den USA gescheitert sei. Diese wollten nicht ihre historische Verantwortung für den Klimawandel übernehmen. Die Differenzen zwischen den vier Schwellenländern sind allerdings so groß, dass eine gemeinsame Strategie zur Reduzierung der Treibhausgase bisher nicht erreicht wurde. Vielmehr liegt der Konsens weniger in eigenen Vorhaben, sondern in der Forderung nach mehr Verantwortung für die Industrieländer. Ein zentrales Thema der Verhandlungen waren die Finanzierungsfragen, vor allem beim Entwaldungsschutz mit dem Mechanismus REDD, der von den UN verwaltet wird. Hier richteten sich die Forderungen an die Industrieländer. Dies soll mit dem Ansatz, *BASIC* als Teil der G77 (Entwicklungsländer) zu definieren, verstärkt werden nachdem in Kopenhagen eine gewisse Entfremdung zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern zu registrieren war.

Diese politisch-rhetorische Haltung wird auch innerhalb Brasiliens kritisiert. Der Politikwissenschaftler Sérgio Abranches sagte: „Die *BASIC*-Länder müssen bald die Rhetorik verlassen und konkrete, technisch fundierte Vorschläge auf den Tisch legen.“ Sie müssten eigene Anstrengungen zur CO₂-Reduktion vorweisen. Der WWF-Vertreter Scaramuzza fordert vor allem von Brasilien eine Vorreiterrolle, um Länder wie China und Indien mitzuziehen auf dem Weg zu ambitionierteren Zielen.

ERWARTUNGEN

Nicht zuletzt nach den Erfahrungen des Kopenhagen-Gipfels zeigen sich die brasilianischen Erwartungen an Cancún gedämpft: Die Umweltverbände blicken überwiegend skeptisch nach Cancún. Die Regierung sieht die Industrieländer am Zug. Der im Außenministerium beauftragte Sonderbotschafter Sérgio Serra sieht Brasilien in einer „komfortablen“ Position. Vor allem die 2009 selbst gesteckten Reduktionsziele (die für 2020 prognostizierten Emissionen sollen zwischen 36,1 und 38,9% reduziert werden) hätten Druck von Brasilien genommen. Daher werde es sich seiner oft geübten Rolle als Vermittler zwischen den verschiedenen Akteuren und Interessen widmen können. Ein bindendes Abkommen erwartet Serra erst für die 17. Vertragsstaatenkonferenz 2011 in Johannesburg, Südafrika.

Der zum Jahreswechsel aus dem Amt scheidende Präsident Lula hat angekündigt, nach Cancún zu reisen und sich für Fortschritte einzusetzen. Er sieht vor allem die USA als Hindernis: „Die Amerikaner wollen nichts tun und wollten China als Sündenbock nutzen. Wir akzeptierten nicht, dass die Chinesen die Rechnung bezahlen sollten, auch wenn sie heute einer der großen CO₂-Emittenten sind, aber ihre Industrialisierung hat erst vor Kurzem begonnen.“ Überhaupt habe er nur geringe Erwartungen und gehe davon aus, dass Brasilien seine Positionen bestätigen werde.

POSITIONEN BRASILIENS

Brasilien sieht sich als Sprecher der Entwicklungsländer in enger Partnerschaft mit den anderen Schwellenländern, um ein „gerechtes“ Abkommen zu erreichen. Dabei soll die historische Verantwortung der Industrieländer berücksichtigt werden. Diese sollen nicht mehr die Regeln für eine globale Politik zur Lösung dieses Problems diktieren können, sondern ihre Emissionen massiv und verpflichtend reduzieren. Brasilien will hingegen seiner Verantwortung durch selbstgesetzte Reduktionsziele und bei der Vermeidung der Tropenwaldrodung gerecht werden. Gestärkt sieht sich Brasilien durch die neuesten Zahlen zur Abholzung des Regenwaldes, die für den größten Teil der brasilianischen Emissionen verantwortlich ist. Nach diesen Daten erwartet Präsident Lula, das selbstgesteckte Ziel, die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes bis 2020 um 80% zu reduzieren, schon 2016 zu erreichen. Die Industrieländer dagegen müssten ihre Wirtschaft dringend umstellen, um CO₂-ärmer zu produzieren. Brasilien will dies zwar auch angehen, sieht sich angesichts seiner hohen Anteile an erneuerbaren Energien vor allem aus Wasserkraft und Bioethanol aber mit einem deutlichen Vorsprung auf diesem Weg.

Zudem sei es an den Industriestaaten, die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel zu finanzieren. Dies ist wegen der Folgen des Klimawandels gerade für die ärmsten Länder erforderlich. Schon sind die immensen Schäden für die Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung, nicht zuletzt durch Naturkatastrophen unübersehbar. Gefordert wird ein Fonds unter UN-Verwaltung, der in erster Linie von den Regierungen der Industrieländer mit sofortigen dreißig Milliarden US-Dollar gespeist wird, die zusätzlich zu der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gezahlt werden. Das müsse in Cancún erreicht werden, um neues Vertrauen für weitere Verhandlungsschritte aufzubauen.

Ein weiterer kritischer Punkt sind die Verifizierungsmechanismen (MRV): Brasilien sieht dort ebenso wie China und andere Schwellenländer den Versuch der Industriestaaten, die eigene Entwicklung zu kontrollieren und ggf. sogar zu behindern. Deshalb fordern die BASIC-Länder internationale Verifizierungsmechanismen seitens der UN für die Maßnahmen, die mit internationalem Geld gefördert werden, aber für nationale Maßnahmen auch nur nationale Verifizierung. Vor allem solle aber auch die Bereitstellung der zugesagten Gelder durch die Industrieländer verifiziert werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die strategischen Positionen Brasiliens auf diese Punkte hinauslaufen:

- Die Verantwortung für den Klimawandel liegt bei den Industrieländern, die folglich ihre Wirtschaft karbonfrei umstellen und die finanziellen Lasten der Anpassung der armen Länder tragen müssen.
- Brasilien leistet freiwillige und umfangreiche eigene Beiträge zur Reduktion der Emissionen, kann sich somit als Vermittler zwischen den Akteuren anbieten.
- Brasilien lässt sich nicht durch internationale verpflichtende Abkommen in seine souveränen Entscheidungen hineinreden (Emissionen, Regenwald).

Dr. Peter Fischer-Bollin
KAS-Auslandsbüro Brasilien

SÜDAFRIKA

DAS SÜDAFRIKANISCHE KLIMA-DILEMMA

Trotz ambitionierter Klimaziele und vorbildlicher Verhandlungsführung bei internationalen Klimakonferenzen befindet sich Südafrika in einem strategischen Dilemma. Das Land muss abwägen zwischen Energiesicherheit und Wirtschaftswachstum auf der einen und der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen auf der anderen Seite.

Südafrika ist mit einem Anteil von 39% der größte Verursacher von CO₂ auf dem afrikanischen Kontinent, und das, obwohl eine große Anzahl von Haushalten keinen Zugang zu Elektrizität hat. Alleine das südafrikanische Stromversorgungsunternehmen Eskom produziert 350 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Aufgrund ihrer Schwerindustrie, wie zum Beispiel dem Abbau von Edelmetallen, ist die südafrikanische Wirtschaft sehr energieintensiv. Zusätzlich werden 90% der Elektrizität aus Kohle gewonnen. Die restlichen 10% stammen aus einem Mix von nuklearer Energie, Wasserkraft und erneuerbarer Energien. Da Südafrika der fünftgrößte Produzent von Kohle ist, kann es diese zu billiger Stromgewinnung nutzen; daher sind Alternativen zur Energiegewinnung durch Kohle zurzeit noch nicht wettbewerbsfähig. Um auch weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben und die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist das Land auf billige Energie angewiesen.

Insgesamt besteht ein deutliches Spannungsverhältnis zwischen Klimaschutz und Energieversorgung. Bislang haben südafrikanische Klima-Verhandlungsführer keinen Zielen zugestimmt, die der eigenen Entwicklung im Wege stehen würden und werden dieser Strategie auch in zukünftigen Verhandlungen treu bleiben. Zudem ist Südafrika darauf angewiesen, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen gesenkt werden, da das Land bereits jetzt mit den Auswirkungen des Klimawandels wie zum Beispiel Dürre in der Provinz Eastern Cape und einer Verschiebung von Regenfällen, die in der Provinz Limpopo zu Überflutungen führten, konfrontiert ist.

In der Vergangenheit hat sich Südafrika als sehr aktiver Verhandlungspartner und Vermittler zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern etabliert. Besonders unter Präsident Thabo Mbeki hat sich das Land bei internationalen Klimaverhandlungen profiliert und nationale klimapolitische Initiativen erarbeitet, von denen bisher allerdings nur wenige in die Tat umgesetzt wurden. Eine Akzentverlagerung der Zuma-Regierung und eine Fokussierung auf innenpolitische Probleme lassen erwarten, dass Südafrika bei der diesjährigen 16. Vertragsstaatenkonferenz (COP16) in Cancún zurückhaltender auftreten wird.

Im Rahmen der Afrikanischen Union hat das Land in der Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen, dass es regionale Diskussionen maßgeblich zu beeinflussen versteht. Südafrika hat sich mittlerweile im Klimabereich zu einem Anwalt der Entwicklungsländer profiliert. Das Land ist sich seiner Verantwortung für den afrikanischen Kontinent bewusst und strebt eine Führungsrolle bei internationalen Klimaverhandlungen weiterhin an. Auch vor dem Treffen in Cancún bestärkt Südafrika seine Rolle als souveräner afrikanischer Verhandlungsführer. Die afrikanischen Staaten haben sich beim letzten *African Regional Dialogue* in Addis Abeba im Oktober 2010 darauf geeinigt, mit einer Stimme zu sprechen. Allerdings gehen viele afrikanische Verhandlungsführer davon aus, dass die diesjährigen Klimaverhandlungen keinen entscheidenden Durchbruch bringen werden und machen bereits vor den Diskussionen die Schwierigkeiten für einen afrikanischen Konsens deutlich.

Südafrika teilt die Position anderer Entwicklungs- und Schwellenländer, dass der Handlungsdruck zur Vermeidung von Emissionen aufgrund der historischen Verantwortung für den Klimawandel in erster Linie auf den Industrieländern lastet. Die Annex-1-Länder (Industrieländer) müssen den Non-Annex-1-Ländern (in der Regel die Entwicklungs- und Schwellenländer) die Chance geben, sich weiter zu entwickeln. Deshalb ist neben der Ablehnung verbindlicher Reduktionsziele für Entwicklungsländer die Finanzierung künftiger

Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und seiner Folgen ein zentrales Anliegen. Südafrika wird bei den Verhandlungen in Cancún daher dafür plädieren, die Finanzierungshilfen für Entwicklungsländer von Seiten der Industrienationen zu erhöhen, um historisch bedingten Ungerechtigkeiten bei der Zuteilung von Mitteln für Anpassungsmaßnahmen Rechnung zu tragen. Neben mehr Finanzmitteln fordert Südafrika auch Unterstützung beim Technologietransfer und beruft sich dabei auf die Bali Roadmap.

Der langfristige Übergang zu einer *low-carbon economy* erfordert eine tiefgreifende Umwälzung und Neustrukturierung des Energiesystems, die nur mit externer Unterstützung zu bewerkstelligen ist. Marthinus van Schalkwyk, südafrikanischer Minister für Tourismus und ehemaliger Umweltminister, fordert *climate equity* und *climate justice* und besteht auf weiteren Transferleistungen, um die Folgen der Klimaveränderungen in Südafrika und auf dem Kontinent abzumildern. Er bringt die Sicht Südafrikas, die von den meisten Entwicklungsländern und Schwellenländern geteilt wird und die Verhandlungen maßgeblich mitbestimmt, auf einen Punkt: „*While developing countries join the dinner late, only in time for dessert, they are still expected to foot the bill for everyone's three-course meal.*“ Es wundert daher wenig, dass Südafrika an der afrikanischen Position festhält, die bereits auf der COP-15-Konferenz in Kopenhagen von den Industrienationen abgelehnt wurde, die Emission der Annex-1-Länder (auf der Grundlage von 1990) um 40% bis 2020 und 80% bis 2050 zu reduzieren.

Mit seiner grundsätzlichen Haltung liegt Südafrika auf der Linie der G77, die aus Sicht der Schwellenländer vor allem auf eine Vermeidung zukünftiger Verpflichtungen abzielt. Neben der Gruppe der afrikanischen Staaten und G77 bildet Südafrika zusammen mit Brasilien, Indien und China die BASIC-Gruppe. Um sich untereinander besser zu koordinieren, halten die BASIC-Staaten vierteljährliche Koordinations-treffen auf Ministerebene ab. Wie die afrikanischen Länder vertreten die BASIC-Staaten die Position, dass der Norden dem Süden erlauben müsse, sich wirtschaftlich zu entwickeln, was langfristig eine höhere CO₂-Erzeugung bedeuten würde. Die BASIC-Gruppe vertritt die Interessen der sich schnell entwickelnden Länder. Die Gruppe hat sich maßgeblich für den *Kopenhagen-Accord* eingesetzt, obwohl Südafrika das Ergebnis als enttäuschend beschrieb, da der *Accord* rechtlich nicht bindend ist. Südafrika hat sich selbst das Ziel gesetzt, seine Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 34% und bis 2025 um 42% zu reduzieren, wenn es entsprechende Transferleistungen

von den Annex-1-Ländern erhalten würde. Daher ist ein bindendes multilaterales Abkommen, welches den Transfer von Finanz- und Technologieleistungen garantiert, am Ende von COP 16 notwendig, damit Südafrika seine Klimaziele überhaupt erreichen kann.

Die BASIC-Staaten werden sich in Cancún für ein umfangreiches und ausgewogenes Ergebnis im Sinne der *Bali Roadmap* einsetzen, um im kommenden Jahr bei den COP-17-Verhandlungen in Südafrika ein verbindliches Abkommen zu erreichen. Die BASIC-Staaten werden an dem *two track approach* mit der *Ad-Hoc-Arbeitsgruppe unter der Klimarahmenkonvention* (AWG-LCA) und der *Ad-Hoc Arbeitsgruppe zur Vereinbarung zukünftiger Verpflichtungen unter dem Kyoto-Protokoll* (AWG-KP) festhalten. Auf dem letzten Treffen der BASIC-Minister im Oktober 2010 bekräftigten diese die Zugehörigkeit der BASIC-Länder zu der *Group 77 + China*.

Weiterhin ist Südafrika ein bedeutendes Mitglied des IBSA-Forums für Energie und Klimawandel sowie der G5-/Outreach-Gruppe. Zusätzlich gehört Südafrika der Troika der Ausrichter der COP-15-, COP-16- und COP-17-Verhandlungen, bestehend aus Südafrika, Dänemark und Mexiko, an. Die drei Länder haben sich zusammengeschlossen, um in Cancún ein global akzeptiertes Abkommen zu erreichen.

Trotz seines internationalen Engagements und der Mitgliedschaft in multiplen Verhandlungsgruppen ist es erstaunlich, wie wenig die bevorstehenden Verhandlungen in den Medien und der Bevölkerung wahrgenommen werden. Auf Grund innerpolitischer Probleme besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen internationalem Engagement und nationalem Bewusstsein.

Romy Chevallier
South African Institute of International Affairs

Jennifer Schuster
KAS-Auslandsbüro Johannesburg

INDIEN

KLIMARAHMENKONFERENZ IN CANCÚN: ERWARTUNGEN UND STRATEGISCHE POSITIONIERUNG INDIENS

„We should be realistic of what you can expect to do in Cancún“¹, lautet die eher pessimistische Erwartungshaltung des indischen Umweltministers Jairam Ramesh an die 16. Vertragsstaatenkonferenz (COP16) zur UNFCCC (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen), die vom 29. November bis zum 10. Dezember 2010 im mexikanischen Cancún stattfinden wird: *„I don't expect any agreement at Cancún this December as the developed nations have so far failed to keep their promise of fund release made last year in Copenhagen to the developing countries for meeting climate actions“*.²

Jairam Ramesh macht mit dieser Aussage auf die ungleichen Interessen und Bedürfnisse der beteiligten Vertragsstaaten aufmerksam, die auch bis Cancún bestehen bleiben werden. Während den Industrieländern daran gelegen ist, die Umsetzung des Abkommens von Kopenhagen voranzutreiben, vertreten Schwellen- und Entwicklungsländer (insbesondere Indien und China) die Ansicht, dass die Industrieländer für die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-protokolls (KP) rechtlich verbindliche Verpflichtungen eingehen müssen. Gemäß des UNFCCC-Prinzips bzw. des Grundsatzes von den „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortlichkeiten“ stehen die Industrieländer in der Verantwortung, die finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Mehrfach kamen im Vorfeld die Minister der BASIC-Länder (Brasilien, Südafrika, Indien und China) zusammen, um Positionen für die bevorstehende COP16 abzustimmen. Beim Treffen, das vom 10. bis 11. Oktober 2010 im chinesischen Tianjin stattfand, bekräftigten die Vertreter aus den jeweiligen Mitgliedsnationen ihre Entschlossenheit, in Cancún gemäß dem in Bali verabschiedeten Aktionsplan auf eine umfassende und ausgewogene Lösung hinarbeiten zu wollen. Es wurde deutlich, dass Jairam Ramesh und

seine Amtskollegen der BASIC-Staaten ein großes strategisches Interesse daran haben, in den Klimaverhandlungen den Versuchen der Industrieländer vorzubeugen, Handelsstrafen gegenüber den „Carbon emitters“ aufzuerlegen. Die indische Seite weist die Anwendung einseitiger protektionistischer Maßnahmen in den Klimaverhandlungen strikt zurück. **Bereits bei den UN-Klimaverhandlungen in Bonn im vergangenen Jahr hatte Indien dafür plädiert, einen Passus aufzunehmen, dass die Industrieländer „shall not resort to any form of unilateral measures including countervailing border measures, against goods and services imported from developing countries on grounds of protection and stabilisation of climate.“**³

Nobelpreisträger Rajendra Kumar Pachauri, der Vorsitzende des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) und Direktor von *The Energy and Resources Institute* (TERI), hofft zumindest auf einen Konsens, der in Cancún erzielt werden könne. Gleichzeitig warnt Pachuri aber davor, die Erwartungen zu hoch anzusetzen; vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern sei es nicht möglich, „ein globales Übereinkommen“ zu erzielen. Die größte Herausforderung des Gipfels in Cancún sei, eine verbindliche Zusage der Finanzierung zu bekommen: *„So I think Mexico will have to work on some of these countries to see that they (developed nations) really put some money on the table“*.⁴

Im Abkommen von Kopenhagen hatten sich die Industriestaaten verpflichtet, zwischen 2010 und 2012 gemeinsam 30 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, um den Entwicklungs- und Schwellenländern beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer – so auch Indien – fragen sich nun, ob es den Industriestaaten mit der Verwirklichung der im Rahmen des Kopenhagener Gipfels geleisteten Versprechen überhaupt ernst ist, da bisher keine entsprechende Finanzhilfe geleistet wurde.

Pachauri weist daraufhin, dass sich die Weltgemeinschaft in der Kopenhagener Vereinbarung darauf verständigt hat, die Erwärmung der Erde auf ein Plus von zwei Grad zu begrenzen, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwehren. Jedoch wurde bisher nicht näher spezifiziert, wie dieses Ziel erreicht werden sollte; hier erhofft sich die indische Seite eine Konkretisierung bei den Gesprächen in Cancún.

Ebenso stellt Pachauri klar, dass es auf multilateraler Ebene in der Verantwortung der entwickelten Länder liegt, die notwendigen Finanzhilfen für die Adaptation an den Klimawandel und Maßnahmen zur Bekämpfung aufzubringen. Es sei nicht die Aufgabe der Entwicklungsländer, diese Gelder zur Verfügung zu stellen, auch wenn diese Forderung wiederholt von den Vertretern der Industrieländer gestellt wird. Indien wird jedoch auf bilateraler Ebene seinen Verpflichtungen nachkommen und den am wenigsten entwickelten Ländern mit technischer Unterstützung zur Seite stehen, wenn die zugesagte Finanzierung sicher ist.⁵

In Indien wird derzeit an der Umsetzung des im Jahr 2008 von Premierminister Manmohan Singh veröffentlichten *National Action Plan of Climate Change (NAPCC)* gearbeitet. Im Fokus stehen die folgenden Bereiche:

- *National Mission on Sustainable Habitat*, mit dem Ziel der Verbesserung von Energieeffizienz. Das Büro für Energieeffizienz (BEE) ist in diesem Bereich sehr aktiv und führte Normen für vier Arten von Geräten ein – Klimaanlage, Kühlschränke, Leuchtstoffröhren und Transformatoren – und arbeitet derzeit an verbindlichen Brennstoffverbrauchsnormen. Ferner wird an einer Reihe von Maßnahmen gearbeitet, die zu einer Verbesserung der Kraftstoffeffizienz der städtischen Verkehrsmittel beitragen sollen:
- Die *Jawaharlal Nehru National Solar Mission*, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2022 20.000 Megawatt (MW) Solarenergie zu gewinnen.
- Die *Green India Mission*, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Vergrößerung der Waldflächen um zwanzig Millionen Hektar zu erreichen.
- Weiterhin wurde eine Kohlendioxid-Steuer (*Carbon Tax*) eingeführt, die auf jede im Land gewonnene oder importierte Tonne Kohle fünfzig Rupien erhebt, wodurch die Verwendung von Kohle eingeschränkt und der Einsatz „sauberer Energien“ gefördert werden soll. Mit diesen Einnahmen, die in einen, von einer „Grünen Bank“ eingerichteten „Nationalen

Grünen Fonds“ fließen werden, sollen „grüne Projekte“ im Sinne von Forschungs- und Entwicklungsprojekten zur Entwicklung neuer Technologien finanziert werden.

- Im Rahmen des *CDM-Aktionsplanes (Clean Development Mechanism)* wird in Indien derzeit ein Programm zur Verteilung von solarenergiebetriebenen Laternen umgesetzt. Diese Laternen sollen den Verbrauch von Kerosin in den ländlichen Regionen sowie den Strombedarf um 6.000 MW senken. Indien kündigte zudem an, das *South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) Forestry Centre* in Thimpu (Bhutan) und das *SAARC Coastal Management Center* in Male (Malediven) mit je einer Million US-Dollar finanziell zu unterstützen. Ferner wurde zum Erhalt der Sunderbans⁶ die Gründung eines *India-Bangladesh Sunderbans Ecosystem Forums* beschlossen.

Neben der Implementierung der Nationalen Agenda zur Bekämpfung des Klimawandels ist Indien als Mitglied der Gruppe der BASIC-Länder bemüht, seine Handlungen mit den anderen Mitgliedern dieser Staaten-Gruppe zu koordinieren. Während des *Major Economies Forums* in New York wurde zwar deutlich, dass die indische Seite keinen größeren Durchbruch beim Weltklimagipfel in Cancún erwartet, ist aber nunmehr im Vorfeld bestrebt, eine Führungsrolle im Rahmen der Arbeitsgruppe zur *International Consultation and Analysis (ICA)* zu übernehmen.⁷

Die politischen Entscheidungsträger in Indien spekulieren bereits über „Post-Cancún“-Maßnahmen. Indien wird im Februar 2011 Gastgeber des nächsten Minister-Treffens der BASIC-Staaten zum Thema Klimawandel sein. Es bleibt abzuwarten, ob es der aufstrebenden Macht in Asien gelingt, dieses Treffen mit konkreten Ergebnissen zu verabschieden.

*Dr. Beatrice Gorawantschy
Benjamin Querner
Mareen Haring
KAS-Auslandsbüro Indien*

- 1| Vgl. <http://timesofindia.indiatimes.com/home/environment/developmental-issues/Climate-change-focus-shifts-to-post-Cancun-Ramesh/article-show/6597472.cms>; 21.09.2010.
- 2| Vgl. <http://timesofindia.indiatimes.com/india/No-hope-of-any-climate-treaty-in-Mexico-Ramesh/article-show/6201243.cms>; 22.07.2010; 22.07.2010.
- 3| Vgl. *The WTO and Climate Change: Challenges and Options*; Gary Clyde Hufbauer, Jisun Kim; Peterson Institute for International Economics.
- 4| Vgl. <http://timesofindia.indiatimes.com/home/environment/developmental-issues/Pachauri-asks-Mexico-to-be-realistic-Cancun-climate-summit-/articleshow/6331327.cms>; 18.08.2010.
- 5| Vgl. <http://timesofindia.indiatimes.com/home/environment/developmental-issues/Pachauri-asks-Mexico-to-be-realistic-Cancun-climate-summit-/articleshow/6331327.cms>; 18.08.2010.
- 6| Vgl. *Sunderbans ist das größte, den Gezeiten unterworfenen Stück Mangroven-Urwald der Welt in West-Bengalen*.
- 7| Vgl. Urmi A Goswami, *India likely to take lead on ICA at pre-COP meet*, *The economic times*, S. 27

CHINA

CHINAS ERWARTUNGEN AN DEN UN-KLIMAGIPFEL IN CANCÚN

Das letzte vorbereitende Treffen zum UN-Klimagipfel in Cancún fand vom 4. bis 9. Oktober in der nordostchinesischen Hafenstadt Tianjin statt. Es war das erste Mal, dass die Volksrepublik ein UN-Klimatreffen ausrichtete – eine Tatsache, die großen Widerhall in den chinesischen Medien fand. Überschattet waren die Klimagespräche von dem sich zuspitzenden Streit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China. Beide Großmächte beschuldigten sich gegenseitig, nicht genügend bindende Verpflichtungen zur Reduzierung klimaschädlicher Gase eingehen zu wollen. Die USA werfen China vor, das Kopenhagener Abkommen zu unterminieren. Peking hingegen besteht auf seiner Position, dass kein verbindliches Übereinkommen möglich sei, falls die USA sich nicht zu ambitionierteren Emissionsreduzierungen bereit erklärten. Die Aussagen von amerikanischer Seite, dass China für das derzeitige Patt in den weltweiten Klimaverhandlungen verantwortlich sei, deutet China als Zeichen der Überheblichkeit und des Mangels an politischem Willen von Seiten der USA.

Peking sieht sich immer stärker als Vorredner der Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Gruppe der BASIC-Länder (Brasilien, Südafrika, Indien und China) hatte sich im Anschluss an den UN-Klimagipfel in Tianjin zu weiteren Verhandlungen getroffen, um sich auf eine Strategie für Cancún zu einigen. Das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll sieht für die BASIC-Staaten und die übrigen Entwicklungsländer keine rechtlich bindenden Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgase vor. Das inzwischen fünfte Treffen der BASIC-Gruppe wurde mit einer gemeinsamen Erklärung beschlossen. Sie fordern hierin die Industrieländer auf, den Verbindlichkeiten des Kyoto-Protokolls zu Emissionszielen und Technologietransfer nachzukommen. Zudem rufen sie die USA auf, verbindliche Ziele zur Treibhausgasreduktion zu setzen. Gleichzeitig soll eine Starthilfe von dreißig

Milliarden US-Dollar den Entwicklungs-ländern helfen, klimafreundliche Technologien einzusetzen. Dazu soll ein neuer Fonds unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen eingerichtet werden.

Xie Zhenhua, Vizevorsitzender der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform und chinesischer Klima-Verhandlungsführer, erklärte auf dem Treffen in Tianjin, China wolle seinen Teil dazu beitragen, den Verhandlungsprozess aktiv voranzutreiben. Er sprach sich dafür aus, dass alle Staaten der UN-Klimakonvention zu folgen haben und aktiv an einer Lösung des Klimaproblems arbeiten sollten. Dabei sollten die Prinzipien des Konsens und der Transparenz gewahrt werden.¹ Er äußerte sich auch zur Notwendigkeit finanzieller Starthilfen und Technologietransfers an die Entwicklungsländer. Xie betonte die Erfolge, die China beim Erreichen seiner freiwillig gesetzten Emissionsbegrenzungen bereits erreicht habe. Unerwähnt ließ er, ob China sich in einem Kyoto-Nachfolgeabkommen auf verbindliche Ziele für eine Treibhausgasreduktion einlassen werde.

Dr. Hu Tao, Sonderberater des China Carbon Forums und Mitkoordinator des UN-China Klimawandel Partnerschaftsprogramms, befürchtet aufgrund der US-amerikanischen Position ein Scheitern der Klimaverhandlungen in Cancún. Er sähe Chinas autoritäres Regierungssystem als Vorteil im Kampf gegen den Klimawandel. Wenn die Regierung entscheide, Chinas Wirtschaft solle grün werden, dann werde dies in die Tat umgesetzt, so der Umweltökonom.²

China beruft sich auf das Konzept gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung und auf die historische Verantwortung der Industrieländer, die für die Klimasünden der Vergangenheit heute Verantwortung zu tragen hätten. Peking will sich deshalb nur eigene regionale Emissionsziele setzen, die die wirtschaftliche Entwicklung nicht gefährden und völkerrechtlich nicht bindend sind.

Das Nationale Energiebüro hat im Juli dieses Jahres den Entwurf eines Entwicklungsprogramms für neue Energien beim Staatsrat eingereicht, welches den Zeitrahmen von 2011 bis 2020 umfassen soll. Mit diesem Programm will Peking der traditionellen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern begegnen und noch stärker auf den Ausbau von Atomenergie, Wasserkraft, Windkraft, Solar- und Biomasseanlagen setzen. Bis 2020 soll die Kohlenstoffintensität Chinas auf 45% des Levels von 2005 gesenkt werden, für die anderen Treibhausgase wurden keine Ziele gesetzt. Im Bereich der erneuerbaren Energien kann die Volksrepublik bereits auf beachtliche Erfolge verweisen. China hat im vergangenen Jahr Deutschland als Land mit den zweitgrößten installierten Windenergiekapazitäten abgelöst. Der 11. Fünfjahresplan für den Zeitraum 2011 bis 2015 betont weitere Umwelt- und Energieziele, für deren Umsetzung China jedoch noch enorme Anstrengungen unternehmen muss.

Insbesondere die Energieeffizienz des sich fortschreitend urbanisierenden Riesenlandes stellt dabei eine große Herausforderung dar. Auch im Bereich der erneuerbaren Energien ist Chinas bisherige Leistung nicht immer so gut wie sie oberflächlich erscheint. Beispielsweise waren 2009 fast ein Drittel aller chinesischen Windturbinen nicht an das Netz angeschlossen.³

Professor Dr. Pan Jiahua, Direktor des Forschungszentrums für Nachhaltige Entwicklung an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, betonte in einem Gespräch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass eine Umstellung der Energiewirtschaft auf kohlenstoffarme Energiequellen nicht nur für das Weltklima, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas essentiell sei. Forschungen zeigten, dass die bekannten Ölreserven der Volksrepublik nur noch für circa elf Jahre, die Erdgasreserven für nur ungefähr 32 Jahre ausreichen.⁴ Mit einer unaufhörlich wachsenden Wirtschaft und einem enormen Energiebedarf könne sich China nicht zurücklehnen und ausschließlich auf den Weltmarkt als Garant für eine ausreichende Versorgung mit Energieressourcen vertrauen.

Im Zuge des Kopenhagener Gipfels habe China viel Kritik durch die internationale Gemeinschaft erhalten. Im entscheidenden Moment seien die chinesischen Argumente nicht gehört worden, so der Tenor der chinesischen Medien. In Cancún wolle Peking sich energisch für eine Einlösung der Verpflichtungen der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls

durch die Industrieländer einsetzen und die chinesische Position im Einklang mit den anderen Entwicklungsländern verteidigen. Einstimmig wolle man die Industriestaaten, allen voran die USA, unter Druck setzen, ihren Verpflichtungen im Kampf gegen den Klimawandel nachzukommen.

Britta Schmitz
KAS-Auslandsbüro China

- 1/ Vgl.: „基础四国发声明敦促发达国家尽快兑现减排承诺“ („Die BASIC-Länder fordern in einer Erklärung die Industrieländer auf ihren Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung nachzugehen“), <http://www.chinanews.com.cn/cj/2010/10-11/2579468.shtml>
- 2/ Vgl.: <http://abccarbon.com/profile-dr-hu-tao>.
- 3/ Vgl.: <http://www.forbes.com/2009/07/20/china-wind-power-business-energy-china.html>.
- 4/ Vgl.: <http://www.eia.doe.gov/cabs/China/Oil.html>

USA

FROM COPENHAGEN TO CANCUN: THE US CLIMATE POLICY IN AN IMPASSE

As the world's climate change lobby struggles to deal with the wreckage from the Copenhagen conference and the recent failed follow-up conference in China, this year's international United Nations climate conference being held in Cancun, tentatively slated for November 30 through December 10, seems to be plagued with doubt instead of optimism. Expectations are low for a deal this year, but participants say they want to put down building blocks for a global agreement in time to replace the Kyoto Protocol on global warming, which expires in 2012. Negotiators' ambitions have been tempered after last year's climate talks in Copenhagen ended with only a last-minute, nonbinding accord reached in an atmosphere of recrimination. Many nations remain divided on how to measure and verify carbon-emission cuts, and what obligations relatively poor but fast growing countries like China and India should take on, and what obligations are set by the United States.

After the Copenhagen Conference, the United States and China traded accusations over who killed the chances for a binding global deal. Since then, China has moved ahead on key steps in its global-warming platform, which included an energy-efficiency drive and a promise to slow-but not cap-how much carbon its growing economy emits. Moreover, many countries are now debating whether the world would be better off shifting from climate-centric diplomacy to a slate of efforts aimed at advancing the human condition in ways that limit climate-related risks. Meanwhile, climate change legislation has been sidelined, if not totally scuttled in the United States.

DEATH OF U.S. CLIMATE/ENERGY BILL

While some Senators showed willingness to reach consensus on some energy issues to come to an agreement that would establish declining limits on carbon dioxide and other global warming pollutants

while allowing more offshore oil drilling and subsidies for nuclear power, miscommunications and different approaches taken by senators and the Obama administration reduced prospects for success. The terrible economy and growing unemployment also made it much more difficult to pass clean energy and global warming legislation.

Senate advocates of clean energy and global warming pollution reduction legislation also had to contend with Senate rules that allow unlimited debate. This required bill sponsors to persuade a 60-vote "filibuster-proof-majority" to end debate and pass their bill. With several Democrats unalterably opposed to action to reduce global warming, the sponsors needed support from at least four or five Republican senators.

This was difficult to achieve because opposition to global warming pollution reductions had grown in GOP ranks. What's more, Senate Minority Leader Mitch McConnell (R-Kan.) convinced his senators that their route to the majority was a solid wall of opposition to whatever Obama wanted to do for the nation.

Ryan Lizza, of the *New Yorker*, stated that, "The Republican Party had grown increasingly hostile to the science of global warming and to cap-and-trade, associating the latter with a tax on energy and more government regulation. Sponsoring the bill wasn't going to help McCain defeat an opponent to his right."

"By not automatically resisting everything connected to Obama, these senators risked angering Mitch McConnell, the Republican leader, and the Tea Party movement, which seemed to be gaining power every day. Sens. John Kerry (D-Mass.), Joe Lieberman (I-Conn.), and Lindsey Graham (R-S.C.) (before he dropped out), the champions of climate legislation, could never break this wall of opposition or neutrality even among Republican senators who had previously sponsored or voted for global warming legislation."¹

Daniel J. Weiss, Senior Fellow and the Director of Climate Strategy at the Center for American Progress wrote that “this includes Sen. John McCain (R-Ariz.), who sponsored multiple global warming pollution reduction bills and advocated significant reductions during his 2008 presidential campaign. Sen. Olympia Snowe (R-Maine) also co-sponsored global warming bills in previous Congresses.” Nearly four years ago, Sen. Sam Brownback (R-Kan.) said: “It seems to me just prudent that we recognize we have climate increase and temperature change. We have CO₂ loading and we need to reduce the amount of CO₂ in the atmosphere.”²

Yet none of these senators publicly supported action or engaged in serious negotiations with key climate legislation crafters Senators Kerry, Lieberman, or Graham in 2010, and Senator Reid stated that he would not bring the climate bill up for debate this year.³

WILL CONGRESS TAKE ANOTHER SHOT AT CAP-AND-TRADE?

Given the gains that Republicans are likely to make in next month’s elections, followed by the imminent start of the 2012 Presidential race, 2013 seems the soonest that is remotely fathomable.

The political environment has now led President Obama to publicly admit that an all-encompassing Climate Change Act is no longer feasible. However, the shift in tactics from the President could also be a clever move in that the adjustment in strategy also opens the door for smaller, piecemeal measures to be floated. Perhaps this may make progress, albeit targeted, easier.

Two initiatives should come before the ‘lame duck’ session:

1. The Bingaman-Brownback plan for a Renewable Energy Standard requiring utilities to supply 15 percent of power from renewable by 2021 (with a component allowed via smartgrid/efficiency style savings). This would put life back into Wind power development, further support the current rally in Solar power and would be a boon for smartgrid investments.

2. The legislation with the most amount of potential success relates to alternative transport. Senate Majority Leader Harry Reid introduced legislation under the Natural Gas Act just before the recess on \$4.5 billion of incentives to aid the deployment of natural

gas-fueled vehicles and refueling stations (there are also some incentives for the electric car). These are the measures that were lost when the debacle over the oil-spill related legislation jammed up any further progress. A key procedural vote on the Natural Gas Act has been slated for November 17th – two days after Congress returns from recess.

There are arguments on both sides when it comes to electricity generation. However, with the current lack of progress on clean technology legislation, moving the trucking industry off of foreign oil and onto cleaner U.S. natural gas could be seen as a breakthrough. This is one area where bi-partisan support could be conceivably generated. Talks appear to suggest that Republicans are uncomfortable with the fact that the proposed incentives would be paid for with an increase in the tax on imported oil. However, natural gas mogul T. Boone Pickens has suggested that Republican Senators are looking for palatable funding alternatives.

In the absence of Senate action to address climate change, E.P.A. regulation of carbon is seen as the last resort. While any action on greenhouse gas regulation by the E.P.A. would be welcomed by the Administration, Majority Leader Harry Reid has thrown a wrench into the plan, recently stating that he would vote on legislation to block the Environmental Protection Agency from regulating greenhouse gases for two years. Senator Reid was asked recently if the Senate would vote on EPA preemption, “Not before we leave here”, said Senator Reid, referring to the three-week congressional schedule ahead of the midterms, “This year.”⁴

Senator Reid’s commitment to give preemption a vote this year means that it is headed to the Senate floor during a lame-duck session, meaning that lawmakers will be less accountable for their votes – and those who aren’t returning in January won’t be accountable at all. The commitment to give preemption a vote is related to an earlier fight over legislation from Senator Lisa Murkowski (R-Alaska) that would have blocked E.P.A. action. In order to defeat Murkowski’s proposal, Democratic aides said, Senator Reid promised hold-out senators a vote on a two-year freeze – a measure sponsored by Senator Jay Rockefeller (D-W.Va.) – later in the year.

“Senator Rockefeller’s E.P.A. Delay bill is gaining momentum every day in Congress. Senator Rockefeller is fighting for legislation to suspend – for two years – harmful E.P.A. regulations to regulate greenhouse gases because he believes that Congress – and

not the unelected E.P.A. – a must be responsible for determining our nation's energy policy", a Rockefeller aide stated. "Senator Rockefeller expects a vote on this important legislation this year and he is aggressively pursuing this in Congress."

However, the President has threatened to veto any bill that strips the E.P.A. of this authority.

In order to jump start U.S legislation, the conservative leaning American Enterprise Institute (A.E.I.) and the left-of-center Brookings Institution have just released a joint proposal to increase federal spending on clean energy innovation to as much as \$25 billion a year, from the currently planned \$4 billion a year.⁵ The proposal would also toughen rules for such money, so that recipients could continue getting it only if they were reducing the cost of clean energy. Today, many subsidies for wind, solar power, and ethanol are more lenient. The experts at A.E.I. and Brookings specifically suggest making the Defense Department a bigger part of clean energy research.

The American military has such a successful record of fostering basic research partly because it ends up using the results of that research. The military also has a clear interest in alternative clean energy, given that it consumes more oil than some entire countries. Politically, the weakest link in the pro-research argument is that no one really knows where the money will come from.

While Congress could cancel current subsidies, for both clean and dirty energy, that would not raise anywhere near \$25 billion. Steven Hayward of A.E.I. stated that the royalties that oil and gas companies pay on future projects could also be increased, as Representative David Nunes, a California Republican, has suggested.⁶ The A.E.I.-Brookings plan even raises the idea of a small cap-and-trade program, charging about one-third as much for carbon emissions as the Senate bill would have allowed, but no cap-and-trade program will happen soon.

WHAT'S LEFT ON THE TABLE?

Todd Stern, the United States Special Envoy for Climate Change, said that despite the Senate's decision to abandon climate legislation this year, the U.S. still stands by its promise to slash global warming pollution. In an interview given to ClimateWire, Mr. Stern stated that the Obama Administration is not backing away from its Copenhagen pledge to cut greenhouse gas emissions 17 percent below 2005 levels in the

coming decade and more than 80 percent by mid-century. He also discounted critics who have said that America's failure to produce legislation this year will have dire consequences for the upcoming Cancun treaty talks. "People who frame this all around, whether there is U.S. legislation or not, that if there's legislation we're in the end zone I don't believe that. It's not a magic bullet, and it's also not the thing that sinks the ship."⁷

Mr. Stern maintained that while U.S. legislation cutting carbon is critical, its absence does not change the dynamics for 2010. "The fact that we don't have it right now will certainly affect the atmospherics of the negotiations, but the fundamentals of it aren't different. At the simplest level, nothing is changing with respect to the submission we put in the Copenhagen Accord. We're not backing away from that. Somebody asked me the other day, 'What is the U.S. going to put on the table?' There's nothing else to put on the table. We've got it on the table. The President has made it perfectly clear that he's committed to energy and climate legislation, and we'll press on."

THERE IS NO "PLAN B"

Since the climate bill died in the Senate, the State Department has been busy answering European attaches for various embassies in Washington regarding what America's "Plan B" is for the next major climate summit in Cancun. The simple answer from State: There is no Plan B.

Under the Copenhagen Accord, the United States, Europe, China, India and every other major emitting countries promised to either reduce emissions or limit the rate of emission growth. Developing countries made concessions in allowing their mitigation targets to come under international review, and industrialized countries promised to raise \$30 billion for the immediate needs of vulnerable nations and \$100 billion annually by 2020. While President Obama's pledge to cut emissions by 17 percent below 2005 levels was widely seen as insufficient by Europeans and developing countries, administration officials like Mr. Stern argued that America was behind the curve on emission cuts because Congress ignored the issue during the Presidency of George W. Bush. Officials were quick to point out that while near-term targets might seem small the hefty mid-century goals were really the key.⁸

Now, the Obama Administration finds itself in a bind. While America could reasonably meet its 2020 promises with regulatory action through the Environmental Protection Agency, reining in emissions over the later decades would require legislation from Congress. Still, Mr. Stern seems optimistic, "The fact that there is no legislation this year in 2010 for a 2020 target doesn't begin to mean that there's not going to be legislation on this issue ... Legislation is our primary objective, but there also will be any number of ways to move forward."

Mr. Sterna argued that even if the U.S. did have a domestic bill cutting carbon already underway, other countries would still likely resist components of the Copenhagen Accord. Still others went further.

Mark Helmke, a top advisor to Senator Richard Lugar (R-Ind.), suggested that countries like India and China are happy to have U.S. inaction as a scapegoat to mask their own objections about entering into the legally binding treaty. "It's easier to have the U.S. as a foil than not," he said.

World leaders have acknowledged that a final treaty in Cancun is unlikely, but negotiators have repeatedly said that they want to see progress on issues like transparency, money for vulnerable countries and protecting tropical forests. Mr. Stern echoed those sentiments, saying the United States doesn't want to see Cancun "as just another way station that kind of marks time until the next session next year in South Africa."

OTHER POSSIBILITIES

New York Times Columnist David Roberts notes that "One of the most important lessons from the implosions of cap-and-trade is that monocrops are as dangerous in policy as they are in nature. It's time to get over the notion that climate/energy efforts need to 'revolve around' any single policy strategy. More importantly, we need to leapfrog the poisonous notion, relentlessly pushed into the national bloodstream that different policy approaches are at war with one another, that one approach is the Brave New Paradigm of the 21st Century and all others tattered remnants of an exhausted and discredited worldview. Clean Energy advocates are at war against a politically entrenched, well-financed, and fairly monolithic status quo. Those that benefit from the status quo don't want their prerogatives and privileges put in danger. Any policy that threatens to do so will be met with the same furious demagoguery that met cap-and-

trade. That's precisely why the war needs to be fought on multiple fronts, in particular: legislation, regulation, and investment."

Andrew Revkin, from the *New York Times*, wrote that there's sufficient merit in engaging the north and south, the rich and poor, precautionary and libertarian, environmental and industrial factions in discussions every year that the talks under the original climate treaty-the Framework Convention on Climate Change-remain worthwhile.

However, the lack of a real outcome at the Copenhagen conference and the failure to pass a climate bill in the Senate, has led some critics to question the viability of a U.N.-brokered mechanism on global warming, leaving some to speculate that the issue could be better addressed through independent national actions and bilateral deals. It may be wise to split the issue into its component parts-for instance pursuing international partnerships for energy innovation and building resilience in vulnerable places to any climate hazard. Trying to come to terms on such initiative in one forum may prove too difficult.

Besides, as Mr. Revkin pointed out, "The framework conventions has hardly any focus on building partnerships aimed at bold research and large-scale demonstration of new energy technologies. And its language on climate adaption creates big challenges because the treaty only applies to impacts from human-driven climate change. Who's going to judge which countries deserve adaption money when many of the world's vulnerable places already experience climate extremes as the norm, and where anticipated impacts from the greenhouse buildup are not readily distinguishable from what's already happening?"

John Ashe of Antigua and Barbuda, a leading voice among diplomats from developing countries, said that when there is real adaption money to spend-instead of pledges of billions-there will be real fights along these lines.

Developing countries have demanded that the U.S. and Europe produce the roughly \$100 billion of foreign aid promised by 2020 – **sooner rather than later**. Chinese negotiator Su Wei reiterated this demand and double-down recently when he said the money "holds the key to success of the Cancun meeting."⁹ Developed countries always try to shirk responsibilities for substantial emission reductions and offering financial and technological aid for developing countries. Instead, they have been forcing developing countries to shoul-

der equal responsibilities. This is because they don't want to acknowledge and shoulder their historical responsibilities for causing the global warming," said Mr. Su.¹⁰

Some have speculated that what would be far more productive is a reassessment of the scale of the climate-change problem and how best to use limited funds to help the greatest number of people—whether through individual state efforts or through a negotiated pact. But one has to just imagine how well American taxpayers will react when told that they will be handing out tax dollars to China in order to help China develop green technology and produce more jobs in China – in the middle of the greatest recession in recent U.S. history, to see that the problem is far from being resolved.

Dr. Norbert Wagner
Michal Machnowski
KAS-Auslandsbüro USA

- 1| http://www.newyorker.com/reporting/2010/10/11/101011fa_fact_lizza
- 2| <http://www.grist.org/article/2010-10-12-anatomy-of-a-senate-climate-bill-death/>
- 3| <http://thecaucus.blogs.nytimes.com/2010/07/22/democrats-pull-plug-on-sweeping-energy-bill/>
- 4| <http://www.frumforum.com/reid-will-allow-vote-on-epa-and-climate-change>
- 5| <http://www.aei.org/paper/100149>
- 6| David Leanhardt, "A Climate Proposal Beyond Cap and Trade." *The New York Times*, October 12, 2010
- 7| Lisa Friedman of ClimateWire, "Stern Says US Bargaining Position for Cancun Remains Unchanged." *The New York Times*, August 3, 2010
- 8| Lisa Friedman of ClimateWire, "Stern Says US Bargaining Position for Cancun Remains Unchanged." *The New York Times*, August 3, 2010
- 9| "Limping Towards Cancun" *Wall Street Journal, Opinion Journal*, October 11, 2010
- 10| http://www.chinadaily.com.cn/china/2010-10/09/content_11389733.htm

RUSSIA

Der Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.

CLIMATE CHANGE STANCE AND GLOBAL NEGOTIATIONS PERSPECTIVE

Russia's general attitude to the Climate Change issue is gradually changing. Since the famous statement of the President Vladimir Putin, delivered at the G 8 Climate Change Conference in Moscow (October 2003), describing possible advantages of the global warming for Russia (less spending on fur coats, etc.) the position of the political stakeholders have evolved considerably. The country is now taking the issue seriously, and the respective moves are visible even at the very top of the power. In December 2009, the National Climate Doctrine was adopted by the President of Russia, March 2010 was marked by the meeting of the Security Council of Russia, dedicated specially to Climate Change issues, in October 2010 the National Climate Change Research Program was approved. The country initiates full-size research activities evaluating the risks connected with Climate Change and developing the recommendations on the ways and means to tackle the problem.

Climate Change politics in Russia are linked with the national GHG reduction measures, based on the energy efficiency goals. Energy efficiency has recently become the top national priority, the backbone of the modernization program, initiated by President Dmitri Medvedev. The national goal of raising energy efficiency by 40% to the year 2020 may result in sizeable emissions reductions, comparable to those achieved in the 1990's in course of the restructuring of the national economy. This goal is not a mere slogan; it is supported legally, institutionally and financially. The Law on Energy Saving and Energy Efficiency, adopted in December 2009 has been fortified in January 2010 by the special body of the Russian Energy Agency, with over 70 affiliates in key regions of Russia. In October 2010 the National Energy Efficiency Program was adopted by the Government, providing vital

resources to energy efficiency projects developed on the regional level.

All this gives ample ground to believe that Russia will retain its position as a global leader in national GHG reduction. Therefore the national GHG reduction target of 25% by the year 2020, announced by the President Dmitri Medvedev at the EU-Russia summit in November 2009 does not look unachievable. Having reduced nationally about 15 billion tons of CO₂ since the time when Kyoto protocol has been signed (2005), Russia is in a position to deliver new significant reductions in the years to come. The Russian leadership in this crucial matter is often ignored by some Western political stakeholders, notably within the EU, eager to praise local reductions in some countries that demonstrate fast growth of national GHG emissions. This creates a suspicion that the EU is playing a double standard game, having no relation to the real global balance of GHG emissions.

Naturally, Russia is not living with its eyes closed and it carefully monitors the related international conceptual disputes on the nature and scope of global warming. The recent polemics connected with the so-called „Climate-gate“ e-mail scandal has revealed major methodological and institutional problems in the Climate Change research community and has demonstrated that over-simplified decision-ready visions may be often far from the truth. The degree of uncertainty in the pace and trends of global Climate Change as well on the scope of human impact still remains very high. Likewise, no illusions exist in Russia on the state and trends of the global Climate Change negotiations process within the UNFCCC, G 8 and G 20. The construction of the Copenhagen Accord, with all its defaults and imbalances, has been supported by Russia due to the lack of alternatives to choose, despite the fact that the key goal of keeping the global temperature no higher than 2 degrees C above the

pre-industrial level cannot be assessed as realistic. In any case, this goal cannot be attained within the national GHG abatement regime offered by the Accord. Being very far from perfect, the Accord still provides a degree of freedom, needed for successful national GHG reduction policies and measures – just like those, currently launched in Russia. To this end the President of Russia has recently described national GHG reduction activities as a win-win game, that will lead to fuel saving and improvement of environment, even in case if the current concepts of anthropogenic global warming will turn to be over-exaggerated.

With this view the Russian position on the forthcoming UN Climate Change Conference in Cancun is likely to be favoring large-scale global efforts in GHG reduction, especially on the national level, supporting the initiatives of respective voluntary commitments to be taken by all major global emitters. Likewise, Russia could be definitely contributing to the global solutions in the field of adapting to Climate Change, possibly taking the lead in creating the related capacities in some developing countries of the former USSR, notably in Central Asia. Positive steps could be expected from Russia in terms of technology transfer, connected with GHG reduction, renewable energy and environmental protection. An initiative of creating a special Climate Technology Transfer Center in Russia for the CIS countries in Russia could be one of the attractive steps Russia could make in the near future.

The forthcoming GHG commitments on the national level that are to be the prime matter of discussion at the Cancun Conference and further on will be of prime interest to Russia, since the legitimate rights of Russia are sometimes challenged by the initiatives of other countries. With this regard it is worth to draw attention to one of the most disputed initiatives offered by the EU at the Brussels summit (October 30, 2009). This initiative deals with the "banking" rights of countries – the right of every country that has reduced its emissions over the committed level in some period, to use these reductions to cover its commitments in the subsequent period/periods. Being one of the most efficient and rational provisions of the current global GHG commitment regime, this right gives a clear incentive to the countries to be proactive in GHG reduction. Elimination of this right will cost Russia alone more than 6 billion tons of CO₂-equivalent – reductions expected within the 2008-2012 period. But this is not all – the measure proposed will seriously disincentive any effort of any country in pursuing of nation-wide GHG reduction goals and it will also create a distortion in the global GHG inventory activities. This

brings us to the conclusion that the *real raison d'être* of this EU proposal is very far from the global GHG reduction goals, if it has any connections with them at all.

Another EU innovation, disturbing transportation companies in nearly all the countries of the world, concerns its attempts of cross-border transfer of the EU GHG emissions-related provisions. This transfer relates to the non-EU civil aviation companies that from 2012 are supposed to be charged for their GHG emissions generated during their flights to EU destinations, regardless to the fact that a major part of those flights take place outside EU borders. The degree of political wisdom underpinning this step needs a thorough examination. Using a similar type of wisdom, Russia could, for instance propose to charge all the European planes – on a clear ground that they use oxygen – a gas essentially generated by Russian forests. But getting from irrationalities back to the political ground, it should be understood, that this EU step creates a dangerous case of neglecting the international norms of behavior. This measure was not agreed by the EU with any non-EU country on the official level, just as it should be normally done in accordance with the provisions of the international law. Instead of this, it was just announced unilaterally, and the only argument the EU could demonstrate in its support was the threat of closing the access to the airports in the EU to those companies that do not comply with EU demands.

Last but not least, one of the risks brought to the Climate Change negotiation tables is the New Carbon Protectionism. Widely discussed in the EU and US, it has been already used by the US in their negotiations with China during the Copenhagen Climate Change Conference. The Carbon Protectionists propose to create new barriers for import of the goods produced on less carbon-efficient equipment than the one used by importers domestically. Apart from practical difficulties in installing the related regimes that would lead to innumerable abuses and hazards, the carbon protectionism is openly neglecting WTO rules and provisions, creating unfair advantages to a number of countries and sectors. With the introduction of Carbon Protectionism all the decades of cautious work to eliminate the barriers between nations, undertaken within the auspices of GATT and later of WTO will be wasted in vain. The rules, that are currently more or less clear will be distorted and the international trade may easily fall back into a state of disorder, with the domino effect of protectionist regimes adopted by one country after another. The threat of Carbon Protectio-

nism is understood by Russia, that has announced its readiness to develop counter measures in case if this threat will become real. The same stance is shared by China, India and the BASIC group in general. The recent ministerial meeting of the BASIC countries (October 2010) has demonstrated the active opposition of this group to the ideas of any carbon-related restrictions on international trade.

The future of the global Climate Change efforts remains uncertain, still the chances for success as we see them, are connected with solution of the issues directly relating to the problem itself. Any attempts to capitalize or to get unfair advantages in other fields, artificially tied to Climate Change issues will only complicate the negotiation process and jeopardize the global efforts needed to address the problem.

*Dr. Sergei Roginko
Head of Environment & Development Group,
Institute of Europe, Russian Academy of Sciences*

*Other positions include, inter alia;
Member, Advisory Council to the Chairman of the
Federation Council (Senate) of Russia
Member, Climate & Environment Group, G 8 Inter-
Agency Commission of Russia
Member, Climate Change Council of the Russian
Academy of Sciences
Member, High-Tech & Innovations Commission, Russian
Chamber of Commerce and Industry*